

0163/2018/A4

c/o Postfach 2326 | 24513 Neumünster

Die Stadtpräsidentin  
Stadt Neumünster  
Neues Rathaus  
Großflecken 59  
D-24534 Neumünster

Es schreibt Ihnen  
Mark Proch  
Fraktionsvorsitzender

TEL: 01575/1401638

E. 31.1.2020  
03.07.2020

26.01.2020

## Antrag zur Ratsversammlung

**Betreff:** Mobbing und Gewalttaten an Neumünsteraner Schulen

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung

### Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung fordert die Stadt Neumünster auf, in Absprache mit dem Bildungsministerium, der Ausländerbehörde und der Polizei, Maßnahmen zu ergreifen, um Mobbing und Gewalttaten an Neumünsteraner Schulen zukünftig besser unterbinden zu können.

### Begründung:

Seit nunmehr zwei Jahren wird eine Schülerin der Rudolf Tonner Schule von einem albanischen Jugendlichen und seiner Gang, gemobbt, immer wieder geschlagen und ihre Kleidung und Schulsachen wurden mehrfach beschmutzt und beschädigt. Gespräche mit den Eltern des Jungen blieben ergebnislos. Auch Schulleitung und Lehrer scheinen machtlos zu sein und haben außer einiger mündlicher Ermahnungen keine erkennbaren Konsequenzen für den albanischen Jungen folgen lassen.

Bereits 2017 berichtete der Holsteinische Courier über Gewalt durch ausländische Schüler einer Neumünsteraner DAZ-Klasse. In einem Brandbrief hatten Lehrer damals






den Schulrat über unhaltbare Zustände unterrichtet. Sie beklagen, daß sie mit Tischen beworfen, beschimpft, beklaut und beleidigt werden.

Diese Vorfälle, die sehr oft zwischen Schülern unterschiedlicher Kulturkreise entstehen, sind keine Einzelfälle, sondern traurige Realität an deutschen Schulen und verdeutlichen, daß der Traum der Gutmenschen von einer multikulturellen Gesellschaft längst gescheitert ist. Ausländische Kinder und Jugendliche sind oftmals nicht bereits sich in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Beim aktuellen Vorfall an der Rudolf Tonner Schule muß die Frage erlaubt sein, ob solche Familien in ihrer Heimat Albanien nicht besser aufgehoben wären. Dort herrscht kein Krieg und es findet keine politische Verfolgung statt. Hier wäre die Ausländerbehörde gefordert, konsequent durchzugreifen!

  
Mark Proch  
Fraktionsvorsitzender